

Das Abrüstungsproblem.

Verhandlungen der Interparlamentarischen Friedensunion.
Auf der in Paris tagenden Konferenz der Interparlamentarischen Friedensunion kam das Abrüstungsproblem zur Sprache. Die Union vertrat hierbei durch den zuständigen Berichterstatter, den früheren dänischen Kriegsminister Dr. Munch, die Ansicht, daß die Lösung der Abrüstungsfrage beschleunigt werden müsse. Der die Abrüstung behandelnde Sonderausschuß hat einen Plan ausgearbeitet, nach dem durch ein allgemeines Abkommen die Vermehrung der gegenwärtigen Rüstungen untersagt werden soll. Die Herabsetzung der Rüstungen müsse schrittweise erfolgen, und zwar nur unter Berücksichtigung der besonderen Lage eines jeden Staates.
Von den Diskussionsrednern wandte sich der ungarische Delegierte de Verzevich gegen die in der Abrüstungsfrage bei den Siegerstaaten erkennbaren Tendenzen. Der deutsche Vertreter, der sozialistische Reichstagsabgeordnete Söllmann, wies auf die bisher vergeblichen Bemühungen hin, durch militärische Rüstungen den Nationen das Gefühl der Sicherheit zu geben; das Gefühl der Unsicherheit sei dadurch im Gegenteil viel größer geworden. Es ist, so sagte der Redner, unsere dringende Bitte an alle nationalen Gruppen der Interparlamentarischen Union, mit uns ihre Anstrengungen für die allgemeine Abrüstung zu verdoppeln. Die Gefahren, die den Frieden bedrohen, werden wachsen, wenn die Rüstungen anhalten. Wir haben das Vertrauen zur Interparlamentarischen Union, daß ihr Einfluß wachsen wird, je mehr wir uns gegenseitig verstehen werden. Mit allen Delegationen hofft die deutsche Gruppe eins zu sein in dem Willen: Ein Ende der Aufrüstung! Laßt uns die Abrüstung beginnen!

Hierauf sprachen noch Vertreter anderer Länder, die sich zum Teil gegen die Entschließung des Sonderausschusses wandten. Zu erwähnen sind noch die Ausführungen des deutschen Vertreters, Abg. Gildemeister (D. W.), der den Antrag stellte, das Wort der Konferenz dürfe lediglich beratend, aber keinen beschließenden Charakter haben. Der Redner führte u. a. aus: Wenn der Völkerverbund das feierliche Versprechen des Friedensvertrages, eine allgemeine Abrüstung für sämtliche Staaten vorzuschlagen, einlösen wolle, müsse er sämtliche Offensiv- und Defensivabkommen seiner Mitglieder untereinander bzw. gegeneinander verbieten. Wenn Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes sich besonders bedroht glauben, dann sei es Sache der den Völkerverbund bildenden Staaten, mit dieser Eventualität zu rechnen und ein Normalmaß der allgemeinen Abrüstung der Völkerverbundmitglieder festzusetzen, ohne das Gleichgewicht im Völkerverbund zu stören. Man müsse jedoch feststellen, daß ein unerhörtes Mißverhältnis bei dem gegenwärtigen Stand der Rüstungen bestehe und daß außerdem Völkerverbundmitglieder Truppen bei anderen Völkerverbundmitgliedern sowie in der entmilitarisierten Zone unterhalten. Das aber sei die Verneinung des Sinnes und Zweckes der entmilitarisierten Zone.

Die Reden auf dem Schlußbankett der Interparlamentarischen Union.

Paris, 30. August. Auf dem heute abend stattgefundenen Bankett zu Ehren der Interparlamentarischen Union hielt zunächst der Zentrumsabgeordnete Pfarrer Wichta eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die deutschen Delegierten das Nachbarvolk besuchen wollten, um zu zeigen, wie aufrichtig die deutschen Bestrebungen seien, die friedlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern. Freudig hätte die herzliche Begrüßung Doumergues, sympathisch hätten die Ausführungen Poincarés gewirkt. Er sehe die Erreichung der Voraussetzungen für den Frieden in der Synthese zwischen nationalen Bestrebungen und der Herstellung gedeihlicher internationaler Beziehungen. Das deutsche Volk wolle den Frieden mit allen Völkern, ganz besonders auch mit denen, von denen es der unselbige Krieg getrennt habe. Frieden wolle Deutschland für die Gegenwart wie für die Zukunft. Bereits in den deutschen Schulen werde die Jugend in dem Geist der Völkerveröhnung erzogen. Die deutsche Mutter spreche und singe zu ihren Kindern nicht von Haß und Rache, sondern von Versöhnung und Frieden. Deutschland werde glücklich sein, bei der nächsten Tagung die Interparlamentarische Union in Berlin zu begrüßen.

Eine italienisch-französische Grenzgeschichte.

Paris, 30. August. Der Korrespondent des Temps meldet aus Chambery folgende Geschichte: Etwa 74 italienische Offiziere von verschiedenen Regimentern, die sich seit einiger Zeit in der Nähe der französischen Grenze zu Manövern aufhalten, begaben sich eines Tages unter Führung von vier Generalen bis an das Hospiz St. Bernhard, das sich knapp an der Grenze befindet. Hier warf der kommandierende General der Gruppe, nachdem sich die Offiziere in Reih und Glied aufgestellt hatten, in Anwesenheit von mehreren Zivilisten einen Stein mit aller Gewalt über die Grenze auf französischen Boden und begleitete diese seine Geste mit folgenden Worten: „Dieses Gebiet wurde uns 1860 entrissen, schwört mir, daß es wieder italienischer Boden wird.“ Alle anwesenden Offiziere, davon die Mehrzahl dem Generalstab angehörend, jagten hierauf mit lauter Stimme den Schwur. Der Temps veröffentlicht die Mitteilung seines Korrespondenten, der sich bei der Wiedergabe dieses Zwischenfalles auf die lokalen Blätter beruft, ohne Kommentar.

Der Kampf um die Franktireur-Enquete.

Brüssel, 30. August. Heute nachmittag trat das belgische Kabinett zu einer Sitzung zusammen, in der trotz Wanderveldes Abwesenheit über die von ihm angeregte Untersuchung der Franktireur-Frage verhandelt wurde.

Wie ein offizielles Communiqué mitteilt, gab Ministerpräsident Jaspers Kenntnis von den Dokumenten, die Wandervelde deutscherseits für die vorgeschlagene Enquete übermitteln worden sind. In der nächsten Kabinettsitzung, an der Wandervelde, der sofort nach Brüssel zurückkehren wird, teilnimmt, wird die heutige Aussprache fortgesetzt werden.

Wie der Vertreter der Telegraphen-Ansicht erfährt, haben sich sowohl Ministerpräsident Jaspers als auch der frühere Außenminister Hymans auf das stärkste gegen Wanderveldes Enquete ausgesprochen. Hymans forderte, daß Wandervelde seine Vorschläge persönlich vertreten sollte. Wandervelde, der sich auf Urlaub in der Bretagne aufhält und vor der Genfer Völkerverbundtagung nicht nach Brüssel zurückkehren wollte, ist telegraphisch nach Brüssel zurückgerufen worden. Die nächste Kabinettsitzung wird bereits am nächsten Freitag stattfinden.

Trotz des offiziellen Zeugens ist nach wir vor als sicher anzusehen, daß die französische Regierung der belgischen Regierung mitgeteilt hat, daß eine Franktireur-Enquete unzumutbar sei.

Der heutige Ministerrat hat die Herabsetzung der belgischen Rheinlandtruppen um 1000 Mann genehmigt.

Polen finanziert seine Chauvinisten.

Warschau, 30. August. In der gestrigen Sitzung des Ministerrates ist beschlossen worden, für die polnische Provinz Oberschlesien einen Extrafonds von 7½ Millionen Loty zu bewilligen, der zur Stärkung des Polentums in dieser Provinz dienen soll.

Besprechung des deutsch-französischen Handelsvertrags

Berlin. Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages gelangte der deutsch-französische Handelsvertrag zur Beratung. Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Auswärtigen Amt gab eine umfassende Darstellung. Als besonders wichtig bezeichnete Ministerialdirektor Dr. Ritter die Bestimmungen über die zeitliche Geltung des Vertrages. Die ordentliche Kündigung kann erstmalig am 1. April 1929 zum 30. Juni 1929 erfolgen. Es ergibt sich daraus für den Regelfall eine Dauer von 22 Monaten, doch kann die Erwartung ausgesprochen werden, daß keiner der beiden Teile ohne zwingenden Grund von dem Kündigungrecht Gebrauch machen wird. Für beide Teile besteht auch die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung für den Fall des Inkrafttretens einer französischen Zolltarifnote. Ferner sind verschiedene Möglichkeiten einseitigen außerordentlichen Kündigungrechtes vorgezeichnet.

Deutscher Wahlsieg in Memel.

Königsberg. Die von den Wahlen in Memel einlaufenden Ergebnisse lassen einen starken Erfolg der Memelländischen Partei erwarten.

Am 22.30 Uhr lagen aus der Stadt die Ergebnisse von 5 Bezirken (insgesamt 13) vor. Die Wahlbeteiligung betrug in der Stadt etwa 75%. An Stimmen haben erhalten: Memelländische Volkspartei 3070, Landwirtschaftspartei 216, Sozialdemokraten 398, Kommunisten 701, die litauischen Parteien zusammen 464.

Auf dem Lande herrscht die Landwirtschaftspartei vor; die Sozialdemokraten haben an die Kommunisten verloren. Diese sind bereits jetzt in der Stadt und auf dem Lande stärker als die Sozialdemokraten.

Die Herbstmanöver in Frage gestellt.

Stettin, 30. August. Der Hilferuf der pommerischen Landwirtschaft an das Wehrkreis-Kommando Stettin, das Militär zur Einbringung der durch Unwetter gefährdeten Ernte heranzuziehen, hat die Militärbehörden veranlaßt, bei durch die Landräte beschleunigtem Notstand Mannschaften und Pferde zur Verfügung zu stellen.

Die Notlage der pommerischen Landwirtschaft kann unter Umständen dazu führen, daß die für den 12.-20. September auf Rügen und in Vorpommern angelegten Manöver abgesagt werden. Die Entscheidung darüber wird aber erst in einigen Tagen fallen können.

Englische Schiffe auf dem Yangtse beschossen.

London, 30. August. Nach bisher unbefriedigenden Meldungen wurden am Sonntag und gestern auf dem Yangtse bei Wuhu vier britische Dampfer vom rechten Ufer des Flusses aus beschossen. Von der Besatzung wurde niemand verletzt.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die Ernte im besetzten Rheinland.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat im Hinblick auf die bevorstehenden Herbstmanöver zur Sicherstellung der Einbringung der Ernte Schritte bei der Interalliierten Rheinlandkommission unternommen. Diese hat mitgeteilt, daß zum Schutze von Landwirtschaft und Weinbau die erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind, und daß im besonderen ein enges Zusammenwirken zwischen den militärischen Befehlshabern und den Behörden der deutschen Landesverwaltung sichergestellt sei.

Die französische Herrschaft in der Pfalz.

Von amtlicher französischer Seite wird über den Besuch des französischen Delegierten Lirard beim bayerischen Ministerpräsidenten Held berichtet, Lirard habe in der Unterredung die Frage angeschnitten, mit welchen Mitteln man die Beziehungen zwischen den französischen Behörden und den Bewohnern der Pfalz, die, da sie in der dritten Befehlshaberzone liegt, bis zum letzten Augenblick beiseite bleibe, erleichtern könnte. Er habe erklärt, daß es nach seiner Ansicht im Interesse aller Beteiligten liege, eine ständige Verbindung zwischen den beiden Parteien herzustellen, um örtliche Konflikte und besonders auch die Schwierigkeiten, die sich durch Presseerörterungen erheben, leichter beheben zu können.

Als In- und Ausland.

Berlin. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist in Berlin eingetroffen und im Reichsarbeitsministerium empfangen worden. Sein Besuch galt der Vorbereitung der 37. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Berlin.

Paris. Der Präsident der Republik Liberia, King, ist von seiner Reise aus Italien nach Paris zurückgekehrt. Er wird demnächst auch Berlin einen Besuch abstatten.

San Antonio (Texas). Nach einer Meldung sind zwei amerikanische Heeresflieger vom Fort Houston von mexikanischen Banditen gefangen genommen worden.

Zustizminister Dr. Müller wiedergewählt.

Schwerin. Justizminister Dr. Müller war vor einigen Tagen von seinem Amt zurückgetreten, da im Landtag ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen ihn mit Unterstützung der Rechten angenommen war. Bei der neuen Wahl waren 50 Abgeordnete zugegen. Es schloß der Abgeordnete Bull von der Wirtschaftspartei. Bei dem ersten Wahlgang wurden abgegeben auf den Abgeordneten Müller (D. W.) 24, auf den Abgeordneten Studenart Dr. Wolff (D. W.) 23, auf den Abgeordneten Holtmann (Soz.) 2 und auf den Kommunisten Max Hölz 1 Stimme. Bei der Stichwahl erhielt Dr. Müller 24 Stimmen, Dr. Wolff 23, Holtmann 1 und Max Hölz ebenfalls 1 Stimme. Dr. Müller ist somit wiedergewählt.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Das Hochwasser in Norddeutschland.

Das Hochwasser der Döste hat einen Stand erreicht, wie er noch nie beobachtet wurde. So weit das Auge reicht, stehen die Ländereien unter Wasser. In Bremen vordere steht das Wasser bis in die Hafenstraßen hinein. Die Lage macht genauere Feststellungen über den Zustand der teilweise schon überfluteten Deiche unmöglich.

Auch Westfalen und Lippe sollen als Notstandsgebiet erklärt werden.

Bielefeld, 30. August. Die hier zu einer Tagung zusammengetretenen Kreisvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Westfalen-Ost und Lippe haben eine Entschließung gefaßt, in der unter Hinweis auf die infolge der anhaltenden Regengüsse der letzten Woche stark gefährdete Ernte in Westdeutschland die deutschnationalen Abgeordneten aus den betreffenden Wahl-

kreisen gebeten werden, für die Erklärung der gefährdeten Erntegebiete Westdeutschlands zum Notstandsgebiet einzutreten. Die Finanzminister des Reiches und von Preußen und der Reichswehrminister sollen gebeten werden, Steuererleichterungen und Steuernachlässe zu gewähren bzw. die Truppenteile anzuweisen, zur Rettung der Ernte in Notfällen Mannschaften und Pferde schnellst zur Verfügung zu stellen.

Mecklenburg und Pommern vor der Notstandserklärung.

Berlin, 30. August. Wie die A. erfährt, werden die Anträge Mecklenburgs und der Provinz Pommern auf Erklärung des Notstandes wegen der durch Hochwasser gefährdeten Ernte in den Landes- bzw. Reichsministerien beschleunigt behandelt. Die preußische Landwirtschaftskammer hat beim preußischen Landwirtschaftsministerium entsprechende Schritte eingeleitet. Auch der deutsche Landwirtschaftsrat hat seine Unterstützung zugesagt. Für die Erklärung des Notstandes ist das Reichsfinanzministerium auf Antrag des Reichsernährungsministeriums zuständig, bei dem wieder die entsprechenden Reichsministerien Anträge zu stellen haben. Nach der Erklärung des Notstandes erfolgt die Steuererleichterung sofort. Nebenher laufen Verhandlungen über die Anträge auf Erntebürgschaftskredite, die als eine besondere Maßnahme behandelt und beschlossen werden müssen.

Eine Tragödie auf dem Rhein.

Basel, 30. August. Im Esch bei Lauterburg ereignete sich auf dem Rhein ein erstes Explosionsunglück. Auf dem Tankschiff der Sotaline-Gesellschaft „Naphta“ brach plötzlich Feuer aus. Der Kapitän Swiendy aus Gelfentirchen konnte gerade noch mit seiner Frau und seinem Töchterchen in den Rhein springen, als auch schon eine mächtige Explosion erfolgte, die das Schiff in zwei Teile zerriss. Die Explosion war so heftig, daß bis in einer Entfernung von 200 Metern Teile des Schiffes ausgeflogen wurden. Während die Frau und das Töchterchen des Kapitäns unter großen Anstrengungen aus den Fluten gerettet werden konnten, verankert der Kapitän, ehe Hilfe zur Stelle war. Gleichzeitig wird auch noch ein deutscher Schiffer vermißt, der im Hafen von Lauterburg stationiert war.

Nicht zurückgelieferte Kunstgegenstände.

Wien. Wie aus dem Rathaus mitgeteilt wird, ist von den im Jahre 1914 von der städtischen Ausstellung in Lyon entliehenen Kunstgegenständen bisher nur ein geringer Bruchteil zurückgeliefert worden. Während alle fünf Blaffen zurückgeliefert wurden, sind von den neun entliehenen größeren Gemälden nur drei und von den 44 kleineren nur 14 zurückgeliefert worden. Die Gemeinde Wien bemüht sich, die noch fehlenden Objekte wieder in ihren Besitz zu bekommen.

Die Kinderlähmungsepidemie in Rumänien.

Bukarest. In einer unter Vorsitz des Ministers für Gesundheitswesen und soziale Fürsorge abgehaltenen Konferenz wurde ein besonderer Ausschuß zur Bekämpfung der Kinderlähmungsepidemie eingesetzt, dem die erforderlichen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Die von den zuständigen Behörden angestellten Erhebungen haben ergeben, daß die Epidemie nicht so ernsten Charakter hat, wie ursprünglich behauptet wurde. Außer den bisher festgestellten 144 Erkrankungen hat sich kein neuer Fall von Kinderlähmung ereignet. Die Sterblichkeit hat 12 bis 13 Prozent betragen. Die Volksschulen und Kindergärten werden bis zum 1. Oktober geschlossen werden. Jede Ansammlung von Kindern ist verboten.

Die blonde Bestie.

Aus Paris wird gemeldet: Man glaubt, den Urheber der Waldbrände an der Riviera auf den Felsen zu sein. Drei Männer und eine blonde Frau, die in einem blauen Kraftwagen von Ort zu Ort fuhren, sollen die Feuer angelegt haben. Gendarmen, die die Wälder hüten, erklären, sie hätten die Schatten der drei Männer und der Frau sich niederzuden gesehen. Dann züngelten Flammen auf und die Schatten verschwanden. Als die Gendarmen in der Richtung, in der sich die Schatten gezeigt hatten, vorwärtsstürzten, wurden sie von Revolver-Schüssen empfangen. Und als der Motorwagen davonfuhr, gestellte das schrille Lachen der Frau durch die Stille der Berge. Die Gendarmen und andere Zeugen sahen die geheimnisvollen Automobilisten an vielen Orten, bei St. Laurent, Cagnes-sur-Mer, Vence, Grasse, Vallauris, Thorent und St. Auban. Jedesmal, wenn ein Feuer ausbrach, hörte man das gellende Lachen des Weibes. Ein Bauer aus Grasse sprang auf den Wagen, aber er erhielt einen Tritt in den Magen und mußte die Verfolgung aufgeben. Ein Bergwerks-Direktor, namens Martin, der sah, wie die Bier bei Fréjus ein Feuer anzündeten, lief ihnen nach, mußte aber vor ihren Revolvergeschüssen flüchten. Eine gerichtliche Untersuchung ist begonnen worden. In den Akten heißen die vier verdächtigen Unbekannten X. Der Wind hat sich aufgemacht, und das Feuermeer ist größer als zuvor. Die Städte Bagnos und St. Paul-en-Foret stehen in einem Flammenwall und sind von der Welt durch die Lohse getrennt. Das Feuer wütet von Marseille bis nach Mentone auf einer Front von 150 englischen Meilen.

Die Liebesbriefe der „Roten Schönheit“.

Die „D. N.“ wissen folgende pikante Geschichte zu erzählen: Ein Bankdirektor in einer mittelgroßen tschechoslowakischen Stadt ist bekannt als gewaltiger Don Juan. Eines Tages erhält er einen wohlparfümierten Brief von zarter Hand, dessen Schreiberin sich als die Gattin eines Bankbeamten vorstellt und dem Herrn Direktor bekunnt, einige tausend Kronen im Kartenspiel verloren zu haben. Sie bäte ihn als einen beliebigen Freund schöner Frauen, ihr doch das Geld vorzuschleichen, das sie langfristig aber pünktlich zurückzahlen werde. Der Direktor witterte ein amüsanter Abenteuer, antwortete hinsichtlich des Geldes ein wenig zurückhaltend, aber keineswegs ablehnend und bekam postwendend einen neuen recht pikant gehaltenen Brief. Die Dame erzählte unter anderem, daß sie prachtvolle rote Haare habe und von einem Maler porträtiert worden sei, der sein Werk „Die rote Schönheit“ genannt habe und großen Erfolg gehabt habe. Der Bankdirektor antwortete entsprechend, und es entwickelte sich eine Korrespondenz, die, trotzdem die Briefschreiber sich nicht kannten, eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Briefwechsel historischer Liebespaare nicht verleugnen konnte. Das geforderte Darlehen überwiegt der Herr Direktor als ihm die Dame zusicherte, daß sie sofort nach Erhalt sich persönlich vorstellen würde. Statt ihrer erschien am nächsten Tage ein gut aussehender Herr, der sich als Journalist vorstellte und — die Briefe des Herrn Direktors an die rote Schönheit in der Hand trug. Er meinte, der Herr Direktor habe diese Schriftstücke wohl nicht gerade für die Öffentlichkeit verfaßt. Trotzdem würde er sie veröffentlichen, wenn er sie ihm nicht für dreitausend Kronen abkaufe. Als Entschädigung verpflichtete er sich, ihm augenblicklich die rote Schönheit vorzustellen. Der Bankdirektor, kein Freund von öffentlichen Komplikationen, schrieb einen Scheck über dreitausend Kronen — und nach einer Viertelstunde erschien der Journalist in Begleitung einer fast sechzigjährigen Frau, deren ergrautes Haar einen roten Schimmer aufwies. Er hat sich so geärgert, daß er das Paar hinauswarf und trotz der Angst vor der Öffentlichkeit Anzeige erstattete.